

Landes-Anzeiger.

Verbreitetes unparteiisches tägliches Volksblatt.

Die Hauptblätter des „Sächs. Landes-Anzeiger“ erscheinen (ohne dessen Extra-Beilagen) auch in einer billigeren Sonder-Ausgabe als: „Chemnitzer General-Anzeiger“

für Chemnitz monatlich 40 Pfg. frei ins Haus; außerhalb Chemnitz monatlich 50 Pfg. mit Posttagen. Postzeitungspreisliste für 1892; Nr. 1342.

Die an jedem Wochentag Abend (mit dem Datum des folgenden Tages) zur Verfügung gelangende unparteiische Zeitung „Sächsischer Landes-Anzeiger“; mit täglich einem Extra-Beiblatt
1. Kleine Volkshaus
2. Sächsischer Erzähler
3. Sächsische Gerichtszeitung
4. Sächsisches Märchen
5. Illust. Unterhaltungsblatt
6. Sonntagblatt
7. Lustiges Bilderbuch
Bestell bei den Hauptstellen monatlich 70 Pfg. bei den Postämtern 75 Pfg.

Der Sächs. Landes-Anzeiger ist für das Jahr 1892 eingetragen in der deutschen Post-Zeitungs-Verzeichnisse unter Nr. 5580, in der österreichischen unter Nr. 2651.

Die Abonnentenerhebung ist einmal im Jahr: März. Weihnachtsspende (Jahresbuch).

Verlags-Anstalt:
Alexander Wiede
Chemnitz, Theaterstraße Nr. 5.
Telegraphen-Anschluß Nr. 136.
Telegr.-Nr.: Landes-Anzeiger, Chemnitz.

Anzeigenpreis: Raum der Spaltenweise (ca. 10 Zeilen fassen) für in Sachsen wohnende Inserenten 15 Pfg., für außerhalb Sachsen wohnende Inserenten 20 Pfg. — Bevorzugte Stelle (10spaltige Zeile) 30 Pfg. — Unter „Kleine Anzeigen“ die Spaltenweise Zeile (ca. 8 Zeilen fassen) 10 Pfg. — Anzeigen können nur bis Vormittag angenommen werden, da Druck und Verbreitung der großen Auflage längere Zeit erfordert. — Die Anzeigen finden ohne Preiszusatz gleichzeitig Verbreitung durch den „Chemnitzer General-Anzeiger“ (billigere Sonder-Ausgabe der Hauptblätter des „Sächsischen Landes-Anzeiger“) ohne dessen tägliche Extra-Beilagen.

Was wird?

Chemnitz, den 29. Januar.

Seit der Entscheidung über das Septennat, welche bekanntlich die Auflösung des Reichstages und die Ausschreibung von allgemeinen Wahlen zur Folge hatte, hat kein Gesetzentwurf wieder die öffentliche Meinung und welche Volksschicht berührt, wie das neue preussische Volksschulgesetz. Seitdem der Wortlaut dieses Gesetzes bekannt geworden, ist alles Andere in den Hintergrund getreten, und der Reichstagsaal zeigt ungemein verdorbene Sitzgelegenheiten, weil die Reichstagsmitglieder in das preussische Parlament gedrückt sind, um dort an der Debatte über das Schulgesetz teilzunehmen, wenn sie auch Mitglieder des Abgeordnetenhauses sind, oder doch wenigstens von den Tribünen herab dem Gange der Verhandlungen zu folgen. Wie kommt es nun, daß ein preussisches Gesetz, das also für die übrigen Bundesstaaten nicht die geringste Verbindlichkeit hat, eine derartige Bewegung zur Folge gehabt hat? Die Vorlage wird von der Centrumpartei und der deutsch-conservativen Partei als etwas durchaus Gutes betrachtet, die liberal-conservative Partei hält sie hingegen für eine starke Verbesserung bedürftig, die National-liberalen und Freisinnigen sagen: Ganz unannehmbar! Den Sein des Gesetzes bildet besonders der Einfluß, welcher der Geistlichkeit auf die Volksschule durch den neuen Gesetzentwurf eingeräumt werden soll, eine Bestimmung, welche bei den liberalen Parteien den heftigsten Widerstand findet. Nun könnte es der politischen Welt ansehnlich freuen, soweit kein besonderes Interesse für Schulfragen obwaltet, gleich sein, wie der Jovist geschrieben wird. Aber die Dinge liegen anders, aus dem Kampf um das Volksschulgesetz scheint eine allgemeine Neugruppierung der politischen Parteien auch für den deutschen Reichstag hervorgehen zu wollen. Herr von Bennigsen hat bereits im Reichstage zu einer Annäherung aller Liberalen im Deutschen Reich im Interesse einer Abwehr aller Strömungen aufgefordert, welche liberalen Grundgedanken nicht entsprechen. Von freisinniger Seite ist darauf eine löbliche, indessen sich nicht verpflichtende Antwort erteilt, und so kann es sich vorerst nur um einen gemeinsamen Feldzug gegen das neue Schulgesetz handeln. Auf die Aufforderung des Herrn von Bennigsen ist dann aber im preussischen Abgeordnetenhause sehr schnell die glatte und entschiedene Erklärung erfolgt, daß Centrum und deutsch-conservative aufgeschlossen sind, das neue Gesetz in allen seinen Hauptbestimmungen anzunehmen. Die Gefahr liegt nahe, daß der aus diesem Anlaß entstehende Bruch zwischen den Parteien sich zu einem dauernden gestalten wird. Gesagt wird allerdings, daß bei der Aufassung des Gesetzes den Wünschen von National-liberalen und Freiconservativen einigermaßen Rechnung getragen werden soll, weil sonst auch Finanzminister Dr. Miquel mit verschiedenen Kollegen, sowie der Ober-Präsident von Bennigsen von ihren Posten zurücktreten wollten. Dieser Behauptung steht aber auch die andere gegenüber, daß die Regierung in der Hauptsache an dem Entwurf festhalten werde, und wenigstens Herr Miquel nicht ernstlich die Absicht habe, seinen Posten zu verlassen. Wer in diesem Punkte Recht hat oder Recht behalten wird, das wird sich wohl erst im Verlauf der ferneren Verhandlungen über das neue Gesetz herausstellen. Es hat damit bisher schon manche Ueberraschungen gegeben, und nicht dürfte, daß diese in Zukunft ausbleiben werden. Zu wünschen wäre eine Einigung im allgemeinen Interesse ganz gewiß.

Die heutige, häßlich bewegte Zeit fordert ganz gewiß das auf, das Notwendige zu thun; aber es ist nicht Bedingung, daß etwas Zweckmäßiges geschehen muß, von welchem als directe Wirkung das nur sicher ist, daß es eine große und weitverbreitete Bewegung, viel Streit und Widerstand hervorrufen wird. Hier handelt es sich um nicht verhältnißmäßig wichtige Dinge, die nicht vertheilt oder vertheilt werden können. Im preussischen Parlament sagen die einen Parteien, und sie besitzen eine feste Mehrheit, daß zur Abwehr der sozialen Gefahren den Kirchengemeinschaften und ihren Vertretern ein fester und starker Einfluß auf die Volksschule gesichert werden muß. Die anderen Parteien betrachten vor allen Dingen die Volksschule als ein sehr wichtiges Staatsinstitut und weisen alle und jede gerichtliche Einmischung in dieselbe mit Entschiedenheit zurück. In der Schule soll nur der Lehrer waltet, oder nicht der Geistliche, der Staat soll die alleinige Oberaufsicht haben, aber nicht die Kirche als Theilnehmerin dabei. Das sind die Grundgedanken, die in ihrer scharfen Deutlichkeit beim besten Willen nicht zu überbrücken sind, und aus welchen deshalb der herrschende beständige Kampf entstanden ist.

Ungleich wichtiger noch als diese Seite des neuen Schulgesetzes ist die definitive Regelung der Verhältnisse der Volksschullehrer. Es ist ja wohl in den letzten Jahren eine theilweise Gehaltsaufbesserung eingetreten, aber doch bei Weitem nicht in einem solchen Ausmaße, daß hierdurch wirklich den Verhältnissen Rechnung getragen wird. Der Volksschullehrer in Preußen ist im Durchschnitt noch immer einer der am niedrigsten bezahlten Beamten, und mit Recht kann er eine Verbesserung seiner äußeren Lage beanspruchen, die zugleich seinen Eifer im Dienste der Schule erhöhen würde. Der preussische Staatshaushalt fordert Summen zur Entschädigung der ehemals reichthumsstarken Familien für die Aufhebung der persönlichen Steuerfreiheit, er fordert Geld zur Ablösung der Stodgüter, er beansprucht 10 Millionen Mark zum Bau eines neuen Berliner Domes. Recht gut, wenn man das Eine von Staatswegen an thut, aber dann soll auch das Andere nicht gelassen werden. Der Dombau in Berlin mag beispielweise nötig sein; so nötig, wie eine Verbesserung schwer gepogter Beamten in dieser harten Zeit ist er noch lange nicht. Sparsamkeit ist gewiß eine große Tugend, aber doch nur, wenn sie am rechten Orte oder aber überall geübt wird. Dem Leiter der preussischen Finanzen mögen die Ohren klagen, wenn er an alles das Gedacht, welches er beschaffen soll; aber ihm wird geholfen sein, wenn er Anderen gegenüber nur die Hälfte der Zähigkeit zeigt, die bisher der Volksschule gegenüber beobachtet wurde.

Politische Rundschau.

Chemnitz, 29. Januar 1892.

Deutsches Reich.

Kaiser Wilhelm II. und Fürst Bismarck. Der „M. N. B.“ wird aus Berlin mitgeteilt, daß Fürst Bismarck dem Kaiser zu seinem Geburtstag ein Glückwunschschreiben sandte. Wie das genannte Blatt hierzu bemerkt, geschieht dies regelmäßig, auch zu Neujahr.

Die Budgetcommission des Reichstags schritt Donnerstag zur Beratung der dazugehörigen des oesterreichischen Militäretats und beschäftigte sich mit dem Gehalt für den Kriegsminister. Hier wurde folgende Resolution des Abg. Richter angenommen: Die verschiedenen Negierungen zu ersuchen: 1) Dem Reichstage einen Gesetzentwurf vorzulegen, welcher diejenigen Fälle regelt und näher begrenzt, in denen die Militärverordnungen berechtigt sind, die bauernde Verhaltung von militärischen Wachtposten zu polizeilichen Sicherheitszwecken zu verlangen; 2) auf eine thunlichste Einschränkung der Militärposten, insbesondere in vorerwähnten Gegenden, hinzuwirken; 3) eine den veränderten Verhältnissen entsprechende Revision der Bestimmungen über den Gebrauch von Schießwaffen seitens der Militärposten herbeizuführen. — **Die Geschäftsordnungscommission des Reichstags** hat beschloffen, wegen der vorliegenden Petitionen auf Genehmigung zur Fortsetzung des Verfahrens in Uebereinstimmung mit dem Abg. Werner (Antisemit), die Befugung der Genehmigung zu empfehlen.

Die Nordd. Allg. Ztg. theilt mit, daß wegen des neuen Volksschulgesetzes eine Krisis im preussischen Staatsministerium nicht besteht. Finanzminister Miquel habe zwar sein Abschiedsgesuch eingereicht, dasselbe sei aber abgelehnt worden. Wünschenswert wäre es aber, wenn das Blatt gesagt hätte, ob eine Krisis dauernd andauernd ist.

Das Schicksal des hartumtrittenen neuen preussischen Volksschulgesetzes scheint entschieden. Die national-liberale Partei hat am Donnerstag endgültig die Ablehnung des Entwurfs in der vorliegenden Form beschlossen, während in der Sitzung des Abgeordnetenhauses sowohl der Cultusminister Graf Redlich, wie die conservativen Redner ein Eingehen auf die national-liberalen Abänderungswünsche ablehnten. Die Vorlage wird also wesentlich in der ursprünglichen Form von Conservativen und Centrum angenommen, und Herr Miquel — bleibt im Amt. Der scharfe Ton, welcher wiederholt von conservativer Seite gegen die National-liberalen angeschlagen wurde, beweist, daß die eintägige Cartellfreundschaft zu Ende ist. Der Cultusminister sagte: „Bei diesem Gesetz scheiden sich die Geister!“ Und so scheiden sich wirklich.

Zum neuen preussischen Volksschulgesetz theilt die „Köln. Ztg.“ mit, daß der Großherzog von Baden, bekanntlich ein Enkel des Kaisers, sich in Berlin bemüht habe, eine Abänderung desselben im liberalen Sinne herbeizuführen. Die „Berl. Ztg.“ glaubt, daß der Cultusminister die Vorlage im Wesentlichen in ihrer jetzigen Form durchbringen werde. Ein allgemeiner Protest der sämmtlichen preussischen Städte gegen den Gesetzentwurf wird geplant.

Preussisches Abgeordnetenhause. Donnerstag-Sitzung. Die erste Beratung des Volksschulgesetzes wird fortgesetzt. Abg. Graf Limburg (cons.) erklärt, seine Partei wolle gern die Vorlage mit den Mittelpartien zu Stande bringen, aber nach dem Auftruf des Herrn v. Bennigsen an alle Liberalen sei eine Verständigung mit den National-liberalen schwer. Die Debatte müßte streng religiös herangeführt werden; dann würden sie mitwirken können. Durch die neuen Bestimmungen werde ihre Lage nicht verschlechtert, sondern verbessert. Redner wüßte zum Schluß, die Regierung möge den Voten keine weiteren Zugeständnisse machen. Abg. v. Jagdzewski (Vole) erklärt, daß seine Landeskarte keine Staatskirche seien und daher wohl die Erfüllung ihrer berechtigten Wünsche hinsichtlich des politischen Sprachunterrichts erwarten könnten. Abg. Porck (Ctr.) wendet sich gegen den Abg. Richter, dessen freisinnige Zeitung in verlogener Weise das Volksschulgesetz bekämpfe. Die katholische Kirche erhebe hinsichtlich der Schule keine anderen Forderungen als die evangelische. Die Religion sei für die Kinder eine große Hauptsache und zu ihrem Gedeihen unbedingt erforderlich. Die Bekämpfung der Socialdemokratie sei allein hierdurch möglich durchzuführen. Abg. v. Gerner u. (natlib.) erwidert, seine Partei habe nichts gegen Religion und Kirche, aber sie wolle nicht die Herrschaft der Kirche in der Schule, wie sie das Gesetz einführen wolle. Das sei absolut unannehmbar. Schon Friedrich der Große habe die Einmischung der Geistlichen in Schulangelegenheiten zurückgewiesen. Cultusminister Graf Redlich bestritt, daß die Vorlage diese Bedeutung habe. In dem liberalen Leben gäbe es ein noch viel strengeres Schulgesetz als das vorliegende. Bei dem Standpunkte des Abg. v. Gerner u. Hammerstein (cons.) wirft den National-liberalen vor, zur Opposition schon längst haben gehen zu wollen. (Rufe: Unwahre.) Redner bezeichnet die Angriffe auf das Volksschulgesetz als einen Vorstoß des Judenthums und der Protestantenvereine, worauf nichts zu geben sei. Dann wird die Weiterberatung auf Freitag verlegt.

Französische Offiziere in Elsas-Lothringen. Mittwoch wurden in Metz zwei über Amannweiler angelommene französische Offiziere in Elvill angehalten und wegen Mangels eines deutschen Passes über die Grenze gewiesen. Die Exonanten wurden festgehalten; die Ausgewiesenen hatten Urlaubspässe von dem Obersten des 147. Regiments in Verdun und gaben sich zuerst für Vandennante von Nancy aus.

Die Anklage gegen den Commercenrath Waare in Bochum wegen der Schienenaffaire ist, wie wir bereits gemeldet haben, erhoben worden. Dem Berliner Rechtsanwalt Dr. Sello ist die Verteidigung übertragen worden.

Besichtig des bekannten Rectors Ahlwardt ist es interessant, zu constatieren, daß die Antisemiten und Deutsch-Socialen die Verantwortung für sein Verhalten ablehnen. Wichtigsten veröffentlichen die „Deutsch-socialen Blätter“, das Organ der deutsch-

socialen Partei, folgende Erklärung: „Auf vielfache Anfragen ihrer Parteigenossen sehen sich die Unterzeichneten zu der Erklärung genöthigt, daß sie für Rector Ahlwardt's Verhalten und öffentliches Auftreten keine Verantwortung übernehmen können, und daß Rector Ahlwardt keiner der beiden Partei-Organisationen angehört. Der Vorstand der antisemischen Volkspartei. J. A.: Dr. Bödel. Der Vorstand der deutsch-socialen Partei. J. A.: Liebermann von Sonnenberg.“

Oesterreich-Ungarn.

Zur Feier des Geburtstages des deutschen Kaisers fand bei dem Hofkapellmeister Bräun in Wien ein Festmahl statt, an dem die Gesandten von Bayern, Sachsen und Oesterreich theilnahmen. — **Die soeben geborene jüngste Enkelin des Kaisers**, Tochter der Prinzessin Valerie, wird die Namen Franziska Josepha Elisabeth Valerie erhalten. — Die Reuweisen zum ungarischen Reichstage ergaben eine feste Regierungsmehrheit. Viele Priester fanden, wie gemeldet, statt.

Schweiz.

Der Bundesrath ernannte den Commandanten der Gottschardbefestigung, Oberst-Divisionär v. Segeffer, zum Mitglied des eidgenössischen Befestigungs-Ausschusses. Ferner genehmigte er den Bericht des Militärdepartements über die Verwendung des randschwäbischen Pulvers bei der Artillerie und die im Jahre 1892 abzuhaltenden Militärschulen.

Frankreich.

Die aus Regierungskreisen verlautet, ist zu einer handelspolitischen Verständigung zwischen Frankreich und Portugal keine Aussicht vorhanden; Portugal wird daher gegenüber Frankreich vom 1. Februar ab seinen Generaltariff anwenden.

Spanien.

Aus Madrid kommt die Meldung, daß die auch in Bilbao ausgebrochenen anarchischen Unruhen beendet sind. Die Gefahr einer größeren Erhebung scheint aber doch ziemlich nahe zu liegen, wenn auch in Bilbao selbst verhältnißmäßig wenige Personen verurtheilt worden sind. Es ist ein Krieggericht eingesetzt, und alle an den Verurtheilten betheiligte Personen werden von denselben abgeurtheilt werden.

Rußland.

In Rußland sollen in diesem Jahre acht Armee-corps bei den Manövern zusammengezogen werden. Wenn die Hungereiden dazu nicht ein hartes Wort sagen, und man das Geld hat, kann man die Sache ja versuchen.

Amerika.

Ein hebräischer Herr ist der Präsident der Vereinigten Staaten von Nordamerika, General Harrison. Dieser Vebemann hatte bekanntlich an das kleine Eile ein Communique-Ultimeatum gefandt wegen einer nicht ganz höflichen diplomatischen Note. Und nun stellt sich heraus, daß Harrison die Entschuldigung schon vor Abendung seines zu Wahlreclamezwecken bestimmten Ulimatum in den Händen hatte. Er will Niemand geholt haben, der ihm den spanischen Text übersetzen konnte. — Etwas „spanisch“ erscheint die Sache allerdings.

Vom Landtage.

Am 28. Januar nahm die 1. Kammer die Anträge der 2. Deputation über einige Nachtragspostulate für die abendlichen Neubauten in Dresden und die sächsischen Landesanstalten entgegen. Bei der Beratung der Legation nahm Medicinalrath Prof. Dr. Borchardt das Wort, indem er auf die progressive Zunahme der Geisteskrankheiten und die zunehmende Abnahme der Zahl der Geisteskranken der Landesanstalten wegen deren trefflichen Einrichtungen aufmerksam machte. Dies habe zu einer Ueberfüllung der Irrenanstalten geführt und es sei auch nicht abzusehen, wie lange auch die neue Irrenanstalt Unterzösch den Anforderungen entsprechen werde. Man habe sich da doch die Frage vorzulegen, soll die Irrenanstalten in Preußen erweitert werden oder sind andere Wege einzuschlagen. In letzterer Hinsicht haben sich Sachverständige schon dahin ausgesprochen, zur Entlastung der Irrenanstalten eine Vermehrung der Behandlung geistig Kranken, aber sonst ganz ungeschicklicher Kranke eintreten zu lassen. Es ist in den Anstalten ein viel zu hoher eisenener Bestand an Kranken gehalten worden und es ist nöthig, den Krankenstand nicht so zu belassen, wie es jetzt geschieht. Wenn einwirkend eine Entlastung der Anstalten dringend wünschenswert ist, so sind es andererseits auch Ueberlegungen, die eine möglichst rasche Zuführung geistig Kranker in armen Fällen ermöglicht, nicht das man sie erst in den kleinen Irrenanstalten, für deren Kranker räumlich bedrückten Krankenhäusern unterbringt, sie in große Räume wie tolle Thiere e sperren und dadurch nur auf die Möglichkeit zur Heilung ausbleiben. — Regierungskommissar Geh. Rath Zappert weist darauf hin, daß seit längerer Zeit schon von Verhältnissen angefaßter Geistes kranker Gebrauch gemacht wird. Inzwischen eine größere Ausdehnung derselben möglich und thöricht, hängt von dem Gutachten der 2. Kammer ab. — Die Kammer genehmigte hierauf einstimmig die bereits von der 2. Kammer bewilligten Nachforderungen für die bildnerische Ausgestaltung der Dresden Kunst-Akademie, sowie für die Landesanstalten in Unterzösch, Cobitz, Dübenerberg und Jöhstadt.

Der 2. Kammer lag am gleichen Tage der Bericht über den Reichthumsbericht auf die Jahre 1888/89 im Allgemeinen und über die Capital 1 bis mit 21 desselben im Besonderen zur Schulvertheilung vor. Der Hauptbericht schließt mit dem Votum, daß der Stand der sächsischen Finanzen in den beiden genannten Jahren zu den günstigsten Verhältnissen gehört, in der sächsischen Finanzverwaltung im Laufe der letzten Jahrzehnte bestehen geblieben sind. Bei dem Bericht über die fiscalischen Ergebnisse in Freiberg erwähnen sich eine längere Debatte. Es wurde die Frage aufgeworfen, ob Angehörige der alljährlich vorhandenen Irrenanstalt des Freiburger Bergbaues sich ein ganzliches Aufgeben derselben nicht empfehle. Vicepräsident Boerger machte dem gegenüber geltend: es sei nicht die Absicht des Staates, mit dem Freiburger Bergbau gewinnbringende Resultate zu erzielen, sondern vielmehr durch dessen Aufrechterhaltung eine unendliche Colossalität der bergbauverwehrenden Bevölkerung abzuwenden. Unter diesen Umständen habe die Kammer, ohne sich die schwere Opfer zu verhehlen, dem Bergbau durch schwebende Verhältnisse hinwegzusetzen wollen, indem sie die Mittel zu dessen Aufrechterhaltung bewilligte. Im Uebrigen sprechen bei der Beurteilung des Bergbauverwehrenden eine ganze Reihe von Verhältnissen mit, die außerordentlich wichtiger liegen, wie z. B. die sächsischen Wasserwerke, ungenügende Verhältnisse, erhebliche Vermehrung der Bergbau u. s. w. Es sei durchaus nicht ausgeschlossen, daß wieder günstiger Verhältnisse eintreten, die Kammer beschloß hierauf, dem Antrag der Deputation entsprechend, den sächsischen Staatsregierung hinsichtlich des Capital 1 bis 21 des Reichthumsberichts Zustimmung zu erteilen. — Der nächste Verhandlungspunkt